



Deutscher Handelskongress Handel & Politik im Dialog – Part 1

Berlin, 18. November 2015

Rede von Josef Sanktjohanser, Präsident des Handelsverbandes Deutschland (HDE)

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin,

ich freue mich, dass Sie heute unserer Einladung gefolgt sind.

Angesichts hunderttausender Flüchtlinge und nur wenige Tage nach dem Terror von Paris haben sich Perspektiven und Prioritäten entscheidend geändert.

Während um uns herum einst aufstrebende Märkte schwächeln, die Eurozone weiter um Lösungen für Griechenland ringt und Europa um seine Einheit kämpft, befindet sich die deutsche Wirtschaft in guter Verfassung.

Da erscheint es fast unwirklich, wenn ich für das zu Ende gehende Jahr für den Handel Bestzahlen vermelden kann: Wir erwarten in diesem Jahr ein Umsatzplus von 2,7 Prozent. - Das stärkste Wachstum seit 20 Jahren!

Der Konsum hält die deutsche Wirtschaft auf Wachstumskurs.

Er profitiert angesichts niedriger Inflation und deutlich gesunkener Ölpreise von höheren Realeinkommen.

Auch der Jobmotor Einzelhandel läuft rund: 60.000 neue, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse sind entstanden. Die Anzahl der Minijobber hat währenddessen deutlich abgenommen.

Damit bleibt unsere Branche der entscheidende Stabilitätsfaktor für die deutsche Konjunktur.

Dennoch: Gemessen an der hohen Konsumbereitschaft bleibt das Wachstum überschaubar.

Im Einzelhandel kommt vergleichsweise wenig von den steigenden verfügbaren Einkommen an, um einen nachhaltigen Wachstumsboom auszulösen.

Woran liegt das? Wir meinen, dass die Handlungsspielräume für den Einzelhandel durch immer mehr Vorschriften immer mehr eingeschränkt werden.

Die Digitalisierung des Einzelhandels setzt sich in rasantem Tempo fort, und damit auch der disruptive Umbruch der Branche.

Der Handelsverband Deutschland sieht eine seiner vorrangigsten Aufgaben darin, seine Mitgliedsunternehmen in diesem gewaltigen Veränderungsprozess zu begleiten.

Unsere Unternehmen brauchen **Spielräume für Investitionen, unternehmerische Freiräume** und **politische Rahmenbedingungen**, die einen fairen Wettbewerb zwischen den einzelnen Vertriebskanälen ermöglichen.

Dies ist umso dringlicher angesichts des immer härter werdenden Wettbewerbs zwischen lokalen, mittelständischen Unternehmen, globalen Mega-Playern und neuen Mitspielern im Markt des Handels wie Herstellern und Logistikern.

In den letzten beiden Jahren haben die beschäftigungs-, sozial- und energiepolitischen Projekte der Bundesregierung die Spielräume insbesondere mittelständisch geprägter Branchen wie dem Einzelhandel deutlich eingeschränkt und so die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland nicht gefördert.

Wir erwarten von der Bundesregierung in ihrer zweiten Halbzeit deutlich mehr Impulse für die Wirtschaft.

Wo sehen wir den größten Handlungsbedarf?

Eine faire Energiewende ist nicht in Sicht: Der Handel steht für 6 Prozent des Stromverbrauchs in Deutschland, zahlt aber 10 Prozent der Förderkosten für das EEG und das KWK-Gesetz.

Der Handel zahlt für 35 TWh Stromverbrauch 2,2 Mrd. € auf das EEG-Konto ein.

Zum Vergleich: Die privilegierte Industrie zahlt nur 240 Millionen bei einem viel höheren Stromverbrauch von rund 84 TWh.

Weil die Gewerkschaften und Kommunen Druck gemacht haben, alte Kohlekraftwerke weiter zu betreiben, wurde das KWK-Gesetz geändert. Dadurch verfünffachen sich die KWK-Kosten des Handels.

Die Mehrkosten für Umlagen und Abgaben im Energiebereich werden 2016 auf 277 Mio Euro steigen!

Hier fühlen sich unsere Unternehmen im Stich gelassen. Wir fordern ein Abschmelzen der Befreiungstatbestände, um die Kosten der Energiewende auf wesentlich mehr Schultern verteilen zu können!

Auch beim **digitalen Wandel** des Einzelhandels wünschen wir uns mehr Unterstützung der Bundesregierung!

Trotz Kritik aus der Wirtschaft, von Internet-Aktivisten sowie von Netzpolitikern aus den eigenen Reihen hat die Bundesregierung den Gesetzentwurf zum Betrieb öffentlicher WLAN-Hotspots in unveränderter Fassung verabschiedet.

Es ist richtig, dass der Bundesrat nun Nachbesserungsbedarf sieht und Teile der SPD sehen das genauso.

Die W-Lan-Störerhaftung darf es künftig nicht mehr geben! Sie verhindert die Digitalisierung der Innenstädte, die unsere Unternehmen dringend brauchen, um die Möglichkeiten des Online- und Offlinehandels sinnvoll miteinander vernetzen zu können.

Mit Sorge sehen wir auch, dass trotz aller Beteuerungen zum **Bürokratieabbau** die Bundesregierung neue gesetzliche Vorschriften plant.

Schon das Mindestlohngesetz brachte für die Unternehmen enorme Belastungen.

Es drohen neue Regelungen und Berichtspflichten: Dazu gehören die nun von ihrer Kollegin Ministerin Nahles vorgeschlagenen Vermutungsregelungen zum Vorliegen von Werkverträgen.

Mehr Rechtssicherheit bringt ein solches Gesetz nicht, weder für die Unternehmen, noch für die Kontrollbehörden.

Das hat schon bei den gesetzlichen Regelungen zur Scheinselbständigkeit nicht funktioniert, die die letzte SPD-Regierung nach einigen Jahren wieder abschaffen musste.

Oder das geplante Entgelttransparenzgesetz: Niemand wird ernsthaft behaupten, dass Betriebsräte oder Gewerkschaften tariflichen Regelungen zustimmen, die systematisch Frauen benachteiligen.

Das Gesetz zur Offenlegung von Gehältern ist daher völlig überflüssig.

Ich bin überdies der Meinung, dass die Regierung mit diesen Gesetzesverstößen einmal mehr die jahrzehntelange bewährte Zusammenarbeit der Tarifpartner zu wenig wertschätzt. Und anstatt tariflichen Lösungen den Vorzug zu geben, zieht die Regierung

Gestaltungsspielräume an sich und schafft damit mehr staatliche Eingriffe. Das scheint mir ein generelles Problem zu sein und aus unseren Gesprächen, Herr Minister, weiß ich, dass wir in unseren Meinungen nicht weit auseinander liegen.

Zukunftsprojekte wie das **Wertstoffgesetz** kommen - auch dank der kontroversen Diskussion in der SPD - nur sehr langsam voran, obwohl der Koalitionsvertrag die Weichen klar gestellt hat.

Im Vertrauen auf den Koalitionsvertrag hat der Handel im vergangenen Jahr 20 Mio. Euro investiert, um das duale System zu stabilisieren.

Deutschland ist bereits heute weltweit führend in der Kreislaufwirtschaft und bei der Wiederverwertung von Wertstoffen. Dank des dualen Systems!

Mit der Wertstofftonne wollen wir gemeinsam mit der Industrie an diesen Erfolg anknüpfen und haben bereits mit den Kollegen der Industrie eine Million Euro für das Konzept einer Zentralen Stelle für das geplante Wertstoffgesetz bereitgestellt.

Wir vertrauen darauf, sehr geehrter Herr Minister, dass angesichts dieser Vorleistungen das Wertstoffgesetz zeitnah verabschiedet wird. Auch wissen wir in diesem Zusammenhang zu schätzen, dass Sie und Ihre Ministerkollegin Frau Hendricks einer Re-Kommunalisierung nicht das Wort reden und für eine Ausschreibung der Entsorgungsleistungen zu gleichen Bedingungen für die freie Wirtschaft und kommunalen Eigenbetriebe eintreten.

Meine Damen und Herren, die Krisen in **Europa** und in der Welt dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren.

Besonders besorgt uns derzeit die Verfassung der Europäischen Union, die keine gemeinsame Antwort auf politische, humanitäre und Wirtschaftskrisen findet.

Die Flüchtlingskrise droht Europa aus den Angeln zu heben, in dem die einzelnen Mitgliedsstaaten vor allem an sich denken und Partikularinteressen verfolgen.

Wir sind auch weit von einem einheitlichen EU-Binnenmarkt entfernt, dabei brauchen wir ihn angesichts des harten globalen Wettbewerbs mehr denn je.

Wir erleben insbesondere in Osteuropa einen Protektionismus, der fundamental gegen europäisches Vertragsrecht verstößt, der den freien Handel behindert und Investitionen unserer Unternehmen in diesen Ländern gefährdet.

Auch benötigen wir einen digitalen EU-Binnenmarkt.

Die Digitalisierung treibt die Internationalisierung des Handels voran. Lokale Geschäfte können Kunden in anderen Ländern erreichen. Erfolg haben sie dabei aber nur, wenn der freie Warenverkehr reibungslos und sicher funktioniert:

Zwischen verschiedenen Ländern, großen und kleineren Unternehmen, zwischen den einzelnen Vertriebskanälen offline-online-mobile.

Dabei ist die Harmonisierung des EU-Datenschutzrechts essentiell, wenn der europäische Binnenmarkt international konkurrenzfähig bleiben will.

Der Entwurf der EU-Datenschutzgrundverordnung enthält derzeit noch viele Öffnungsklauseln, die ein einheitliches Datenschutzrecht in allen Mitgliedsstaaten verhindern.

Das führt zu großen Verunsicherungen bei Unternehmen und Kunden.

Meine Damen und Herren, der **Strukturwandel** verändert nicht nur den Einzelhandel.

Er wirkt sich auf zentrale Bereiche des gesellschaftlichen Lebens aus, insbesondere auf die Innenstadt.

Die rückläufigen Frequenzen sind vielerorts spürbar und immer mehr, vor allem mittlere Städte wie Mönchengladbach oder Wuppertal, stemmen sich gegen die Auswirkungen.

Wir brauchen eine Allianz für die Innenstadt, sehr geehrter Herr Minister, und deshalb sind wir froh, dass wir mit Ihnen zusammen die Dialogplattform für den Einzelhandel ins Leben rufen konnten. Dafür gilt Ihnen unser herzlicher Dank!

Doch Runde Tische brauchen Zeit. Zeit, die wir vielerorts nicht mehr haben!

Schon jetzt sagen Studien voraus, dass bis 2020 bis zu 50.000 Läden schließen werden.

Die Diskussion über den Ladenschluss hat – auch wenn sie selbst in unserer Branche kontrovers geführt wird – mit der Realität unserer digitalen Welt nichts mehr zu tun.

Wir müssen schneller werden, wenn wir die Chancen voll nutzen und möglichst viele Unternehmen erfolgreich in die Welt von Handel 4.0 mitnehmen wollen. Andere Länder machen es uns vor.

Wir brauchen zu lange, um eine wettbewerbsfähige flächendeckende digitale Infrastruktur aufzubauen. Weiße Flecken beim Breitbandausbau schaden unseren Unternehmen.

Sie verpassen die Chancen der digitalen Welt und verlieren ihre Kunden.

Sehr geehrter Herr Gabriel,

der Handel braucht mehr Freiräume für Investitionen und weniger Regulierung.

Wir brauchen gleiches Recht für alle Unternehmen und Vertriebskanäle des Handels. Die W-Lan-Störerhaftung gehört abgeschafft.

Wir müssen die Kosten der Energiewende so verteilen, dass Mittelstand und Verbraucher nicht benachteiligt werden.

Wir wollen das WertstoffG für eine ökologische und ökonomische Kreislaufwirtschaft. Jetzt!

Bürokratieabbau! Keine weiteren Regulierungen in der zweiten Halbzeit.

Das sind meine Botschaften an Sie. Wir freuen uns nun auf Ihre Worte!